

## IN KÜRZE

**Kommunen kämpfen für Heringsfang**

**Stralsund.** In einer Petition an EU-Fischereikommissar Karmenu Vella haben 38 Bürgermeister von Küstenorten in MV den Verzicht auf ein für 2019 geplantes Heringsfangverbot in der westlichen Ostsee gefordert. Sie sprechen sich stattdessen für eine Mindestquote aus. „Ein Fangverbot hätte verheerende sozioökonomische Konsequenzen“, heißt es in der Petition. Unterschriften haben unter anderem die Bürgermeister von Wismar, Stralsund, Rostock, Freest, Zingst, Barth und Pruchten.

**Weniger Funklöcher bis 2021**

**Berlin.** Ärgerliche Funklöcher für Handynutzer in Deutschland sollen durch einen zusätzlichen Ausbau des Netzes weiter verringert werden. Ziel sei, im Lauf des Jahres 2021 durch neu zu errichtende Mobilfunkstandorte 99 Prozent der Haushalte in jedem Bundesland zu versorgen, hieß es nach einem Treffen bei Bundesinfrastrukturminister Andreas Scheuer. Die Mobilfunkbetreiber wollen unter anderem mindestens 1000 Standorte mit dem Standard 4G neu aufbauen.

**Solarworld vor endgültigem Aus**

**Bonn.** Bei Deutschlands letztem großen Solarzellen-Hersteller Solarworld könnten spätestens am 30. September endgültig die Lichter ausgehen. Wenn sich bis dahin nicht doch noch ein Investor findet, will Insolvenzverwalter Christoph Niering den Geschäftsbetrieb einstellen. Die Gläubigerversammlung habe diesen Entschluss Nierings bestätigt, teilte Solarworld am Donnerstag mit. Der Insolvenzverwalter sehe keine Perspektive mehr, hieß es.

**Führerlose S-Bahn – Hamburg startet 2021**

**Hamburg.** Die Pilotstrecke für die erste führerlose S-Bahn in Deutschland soll 2021 in Hamburg in Betrieb gehen. Das haben die Hansestadt, der Elektrokonzern Siemens und die Deutsche Bahn als Betreiberin der S-Bahn mit einer gestern unterzeichneten Kooperationsvereinbarung „Digitale S-Bahn Hamburg“ beschlossen. Die Kosten für das Projekt von rund 60 Millionen Euro wollen sich die Partner teilen.

**Wettbewerb für regionale Produkte**

**Schwerin.** Zur Verkaufsförderung regionaler Nahrungsmittel hat das Agrarministerium einen Wettbewerb ausgelobt. Unter dem Titel „Klein, aber fein aus MV“ können Produkte bis zum 22. August beim Ministerium eingereicht werden, wie ein Sprecher mitteilte. Es gehe etwa um die Platzierung regionaler Marken in der Gastronomie. Projekte könnten mit bis zu 50 000 Euro unterstützt werden.

# Hotels im Land werden aufgemöbelt

Gastgewerbe: Polen und Schleswig-Holstein holen auf / Unternehmer in MV investieren zu wenig

Von Katja Bülow

**Rostock.** Die alten Möbel im Landhausstil sind raus. Jetzt „wachsen“ echte Birkenstämme in den Zimmern des Trihotels in Rostock, eine Fototapete holt den Wald ins Schlafgemach, das ansonsten von fliederfarbenen Satinstoffen geprägt ist. Ein besonderer Clou: Der Gast kann die Farbe der Hintergrundbeleuchtung per Display selber einstellen. Hotelier Benjamin Weiß ist sichtlich zufrieden – und gehört zu denjenigen im Land, die erkannt haben, dass Erneuerung nötig ist, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Eine Erkenntnis, die in der Branche offenbar noch nicht bei allen Kollegen angekommen ist.

Tobias Weitendorf vom Tourismusverband (TMV) ist überzeugt: „Es ist auf jeden Fall Investitionsbedarf da, und es wird weniger inves-



Wir müssen aufpassen. Die Nachbarn in Schleswig-Holstein haben mittlerweile aufgeholt.

**Matthias Dettmann,**  
Hauptgeschäftsführer Dehoga MV

tiert als nötig ist.“ Er verweist auf das Ostdeutsche Sparkassen-Tourismusbarometer, wonach die Investitionsbereitschaft an der Küste in den vergangenen Jahren trotz höherer Gewinne nicht größer gewesen sei als in anderen ostdeutschen Ländern. Und auch Matthias Dettmann, Hauptgeschäftsführer des Hotel- und Gaststättenverbandes Mecklenburg-Vorpommern (Dehoga), mahnt: „Wir müssen aufpassen. Die Nachbarn in Schleswig-Holstein haben mittlerweile aufgeholt. Und auch die Polen investieren gerade mit EU-Förderung intensiv in ihre Hardware und in die Produkte.“

Trihotel-Chef Benjamin Weiß macht aber auch klar, dass es für ein Unternehmen ein echter Kraftakt ist, immer auf dem Laufenden zu bleiben. 24 seiner 101 Zimmer hat er gerade erneuern lassen, alle anderen sind im Laufe der kommenden drei bis vier Jahre dran. Der Gast erwarte das ganz einfach, das sei auch das Ergebnis von Befragungen im eigenen Haus. Für Weiß bedeutet das eine Gesamtinvestition von 400 000 Euro, wobei er in den vergangenen fünf Jahren schon alle Bäder renovieren ließ. Weiß steckt 30 Prozent Eigenkapital in die Modernisierung. Er arbeitet mit der österreichischen Firma furniRent zusammen, bei der er die seltene Möglichkeit zum Mietkauf, also zu einer Art Möbelleasing, hatte und die darüber hinaus den gesamten Umbau in nur drei Wochen



Rostock: Trihotel-Chef Benjamin Weiß (r.) und Christoph Haberle von FurniRent inspizieren ein neu eingerichtetes Hotelzimmer. FOTO: HÄNTZSCHEL/NORDLICHT

über die Bühne brachte. Angesichts des aktuellen Baubooms, der es schwer macht, überhaupt kurzfristig einen Handwerker anzuheuern, sei das geradezu sensationell. Und er ist froh: „Zum Glück haben wir zwei Banken gefunden, die all das mitfinanziert haben.“ Auch das sei nämlich alles andere als selbstverständlich. Die Kreditinstitute sind im touristischen Bereich zögerlicher geworden – was in den

Augen von Tobias Weitendorf ganz einfach daran liegt, dass die Erlöse im Dienstleistungsbereich nicht so hoch ausfallen wie beispielsweise in der IT-Branche.

Hotelier Weiß blickt ein wenig neidisch in Richtung Schleswig-Holstein: „Dort sind die Subventionsgesetze geändert worden, so dass auch Modernisierungsinvestitionen in die Hotellerie wieder gefördert werden. Bei uns dage-

gen gibt es nur eine Arbeitsplatzförderung. Wir sind jetzt die mit den veralteten Möbeln, die die Finanzierungsprobleme haben.“ Dehoga-Chef Matthias Dettmann ergänzt: „Vielleicht ist der leichte Rückgang der Übernachtungszahlen im vergangenen Jahr schon ein Warnsignal. Wobei er zugleich betont: „Unser neues Landestourismuskonzept hat qualitatives Wachstum über quantitatives

Wachstum gesetzt. Und das ist auch der richtige Weg.“ TMV-Sprecher Tobias Weitendorf schließlich ist überzeugt: „Es gibt nun einmal Zyklen im Wirtschaftsleben. Nach der Wende ist viel Geld in unser Land geflossen, jetzt ist Polen Höchstfördergebiet.“ Darüber hinaus könne es ganz einfach keine Gewähr dafür geben, dass die öffentliche Hand einen Betrieb dauerhaft durch die Zeiten trägt.

## Wohin mit dem alten Inventar?



Einige Hotels geben alte Möbel an Sozialkaufhäuser ab. FOTO: STRUNK

**Wenn erneuert wird,** fliegt Altes raus. Aber was wird eigentlich aus 24 Hotelbetten, Nachttischen, Sesseln, wenn sie nicht mehr im Dienst sind? Trihotel-Chef Benjamin Weiß bedauert: „Die werden ganz einfach entsorgt.“ Als er vor Jahren sein Restaurant modernisiert hat, machte er zunächst den Versuch, die Ausstattung über einen Händler verkaufen zu lassen – vergeblich.

Auch andere Hoteliers im Land stehen regelmäßig vor der Frage, was aus ihren ausrangierten Möbeln werden soll. Kathrin Bormbach, Inhaberin des „Seeschloss Sellin“, hat gerade erst 36 Zimmer neu ausgestattet und war froh über die Anfrage eines Gastes, der das alte Inventar abholte, um damit eine Arbeiterunterkunft auszustatten. Ansonsten wären auch ihre

Möbel größtenteils auf dem Müll gelandet. Das Warnemünder Neptun-Hotel vergibt gut erhaltene Stücke teils an die eigenen Mitarbeiter, teils an das Sozialkaufhaus der Diakonie. Letztere kommen dann ins Hotel und holen sich die Stücke, die sie noch gebrauchen und an Bedürftige weitergeben können. Wobei auch sie nicht für alles Verwendung haben.

Christiane Winter-Thumann, die in der Arcona-Gruppe für 21 bestehende und vier geplante Hotels zuständig ist, erklärt: „Man muss immer im Einzelfall entscheiden, was sinnvoll ist.“ Einbauschränke beispielsweise seien nach dem Abbau meist nicht mehr zu gebrauchen. Auch Matratzen werden aus hygienischen Gründen grundsätzlich nicht weitergegeben. Für loses Mobiliar dagegen organisiert die

Marketing-Chefin schon einmal eine Auktion für irgendeinen guten Zweck. In anderen Fällen stellte sie einfach alles für zwei Tage auf die Straße und rief die Bürger dazu auf, sich zu nehmen, was sie gebrauchen können. Und bei älteren Häusern gab es auch schon mal den Aufruf an alle Stammgäste: Wer persönliche Erlebnisse und Anekdoten über das jeweilige Haus bieten kann, der darf sich einen Tisch oder einen Stuhl aus dem Restaurant mitnehmen.

Eines der wenigen Hotels, das mit Entsorgungsproblemen nur selten zu tun hat, ist der Niederländische Hof in Schwerin. Empfangschef Maik Amtsberg: „Wir haben bei uns fast ausschließlich Antikmöbel, die werfen wir ganz bestimmt nicht raus, die müssen nur regelmäßig überarbeitet werden.“ K. Bülow

## Jobabbau in Windkraft-Branche

IG Metall alarmiert – Politik muss gegensteuern

**Hamburg.** Die schwierige Lage in der Windindustrie wird sich nach den Erwartungen der IG Metall fortsetzen, wenn nicht politisch gegengesteuert wird. „Wirtschaftsminister Altmaier darf sich nicht länger gegen die im Koalitionsvertrag angekündigten Sonderausschreibungen von vier Gigawatt an Land und den nicht näher ausgeführten Sonderbeitrag der Offshore-Windenergie sperren“, forderte Meinhard Geiken, Bezirksleiter der IG Metall Küste, am Donnerstag in Hamburg. „So gefährdet er weitere Investitionen, Standorte und Arbeitsplätze in der Zukunftsbranche Wind.“

Der Ausbau der Windenergie an Land und auf See ist ins Stocken gekommen, nachdem im Erneuerbare-Energien-Gesetz Ausschreibungen eingeführt wurden, die gleichzeitig begrenzt sind. Ziel war es, die Kosten der Windkraftanlagen zu senken und damit den Anstieg der Strompreise zu stoppen. Das

wurde auch erreicht; Strom aus Windkraft ist an vielen Standorten kaum teurer als aus anderen Energiequellen.

Die Hersteller von Windkraftwerken sehen den deutschen Markt seitdem skeptisch und orientieren sich ins Ausland. Die Koalitionsparteien hatten in ihrem Vertrag festgehalten, dass bis 2030 mindestens 65 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energien kommen soll. Dazu sollte die Windenergie wieder stärker ausgebaut werden. Schritte zur Umsetzung dieser Beschlüsse fehlen bislang jedoch. Bei einer Umfrage unter Betriebsräten der Branche erwarten 65 Prozent eine negative Marktentwicklung, berichtete die

**Meinhard Geiken,**  
IG Metall  
Bezirk Küste  
FOTO: DPA



IG Metall Küste. Außer im Bereich Service und Wartung sei die Auftragsentwicklung überall rückläufig. „Die neuen Ausschreibungen für den Bau von Windparks haben zu einem enormen Kostendruck geführt“, sagte Geiken. Die Folgen für die Mitarbeiter seien dramatisch. Seit Anfang des vergangenen Jahres seien bereits mehr als 2000 Arbeitsplätze in der Branche verloren gegangen. So wurden Werke, wie Servion in Husum, Powerblades in Bremerhaven oder Carbon Rotec in Lemwerder, geschlossen.

Rund 40 Prozent der befragten Betriebsräte aus der Windenergie nehmen an, dass sich dieser Trend fortsetzt. „Durch den Kahlschlag in einigen Unternehmen verliert die Branche Know-how und damit ihren Vorteil im internationalen Wettbewerb“, sagte Geiken.

E. Gienke

## Rückenwind für Atomindustrie

EuGH-Urteil: Subventionen sind rechtmäßig

**Luxemburg.** Die Atomindustrie in der EU darf weiter auf Milliarden-Subventionen bauen. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) wies am Donnerstag eine Klage Österreichs gegen staatliche Finanzhilfen für das britische Atomkraftwerk Hinkley Point C ab.

Eine Förderung der Kernenergie auch mittels Anreizen decke sich mit dem Ziel der Euratom-Gemeinschaft, Investitionen im Bereich der Kernenergie zu erleichtern. Außerdem habe jedes Land in der EU das Recht, zwischen verschiedenen Energiequellen zu wählen, so das Gericht. Das Urteil sorgte für Empörung bei Grünen und Umweltschutzverbänden.

Hinkley Point C ist der erste AKW-Neubau in Großbritannien seit Jahrzehnten. Das Atomkraftwerk soll 2023 ans Netz gehen. Aus Sicht Österreichs, das keine Atomkraftwerke hat, sind alternative Energieformen förderungswürdig, nicht aber die Kernkraft.

Außerdem sei die Förderung wettbewerbsverzerrend, hieß es 2015 zur Begründung der Klage. Die EU-Kommission hatte die britischen Beihilfen 2014 genehmigt. Österreich hat eine ähnliche Klage gegen den Ausbau des ungarischen Atomkraftwerks Paks eingeleitet.



Ein Transportbehälter für radioaktives Material. FOTO: DPA

Der EuGH stütze sein Urteil auf den Euratom-Vertrag von 1957, der die Förderung der Atomkraft erlaubt. Großbritannien hatte den AKW-Betreibern einen hohen garantierten Einspeisetarif für 35 Jahre zugesagt. Nach Berechnungen von Greenpeace lässt sich die britische Regierung den Reaktor in dieser Zeit rund 108 Milliarden Euro an Subventionen kosten.

„Ein schwarzer Tag für die Energiegewende in Europa“, sagte die atompolitische Sprecherin der Grünen im Bundestag, Sylvia Kotting-Uhl, zu der EuGH-Entscheidung. Atomwillige Länder könnten sich nun auf wohlwollende Entscheidungen für horrend und völlig absurde AKW-Beihilfen verlassen. „Die heute schon tatsächlich viel günstigeren erneuerbaren Energien geraten durch dieses Urteil ins Hintertreffen“, warnte die Grünen-Politikerin. M. Röder